

Andreas Kemper

PRIVATSTÄDTE

Labore für einen neuen
Manchesterkapitalismus

Andreas Kemper

Privatstädte

Labore für einen neuen
Manchesterkapitalismus



Für meine Mutter.
Und für die Rechte aller Arbeiter*innen
und deren demokratische Gestaltungsmacht.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Diese Publikation wurde ermöglicht durch das
Stipendienprogramm Neustart Kultur 2021 von VG Wort.

Andreas Kemper: Privatstädte
1. Auflage, Mai 2022

eBook UNRAST Verlag, Juni 2022
ISBN 978-3-95405-122-9

© UNRAST-Verlag, Münster
www.unrast-verlag.de | kontakt@unrast-verlag.de

Mitglied in der assoziation Linker Verlage (aLiVe)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag: UNRAST-Verlag, Münster

Satz: UNRAST-Verlag, Münster

Inhalt

Einleitung

Die Ideologie des Proprietarismus

- Gesellschaft als Markt
- Kampf gegen Demokratie
- Proprietarismus – eine rassenbiologische
»Faschismus-Pipeline«
- Chicago Boys und »Anarcho-Kapitalismus«
- Die Wiederkehr des Proprietarismus als
Enklaven-Proprietarismus

Proprietaristische Thinktanks, Akademien und Hochschulen

- Atlas Network, Cato Institute und Mises Institute*
- Unternehmer-Unis und *Students of Liberty*
- August von Finck, Degussa Goldhandel und das
deutsche Mises Institut

Unternehmer-Städte

Die Privatstädte in Honduras und São Tomé e Príncipe

- Phase I: RED – vom Putsch zur Privatisierung
- Zeittafel zu relevanten Ereignissen zur
Entstehung #honduranischer
Sonderentwicklungszonen (Regiones Especiales para
el Desarrollo, RED)

Vom Privatisierungswahn unter Pinochet zur
Privatstadtideologie

Paul Romers *Charter Cities*

The Seastanding Institute

Universidad Francisco Marroquín

MGK Group

Zwischenspiel: *Lazika*, gescheiterte Privatstadt
am Schwarzen Meer

Phase II: ZEDE

Zeittafel zu relevanten Ereignissen zur
Entstehung der ZEDEs

CAMP – ein proprietaristisches
Privatstadtgremium

Shanker Singham und das *Babson College*

Titus Gebel und *Free Private Cities*

TU München, Tucher Group und die Elite-Cluster

Zaha Hadid Architects als Privatstadt-Inkubator

Honduras Próspera

Privarisierung – die Strategie der
standardisierten Umzonung

Ständedemokratie und E-Residenzchaft

Weitere ZEDEs/Privatstädte

Ciudad Morazán

Qrquidea

Mariposa

Guanaja Hills

São Tomé e Príncipe

Refugee-Cities im Netzwerk der
Privatstadtbewegung

**Privatstädte: ›Exzellenz‹-Cluster eines neuen
Manchesterkapitalismus?**

Glossar

Literatur

Einleitung

Als ich noch ein Kind war, kam ich bereits mit einer Art »Privatstadt« in Kontakt. Ich wuchs in einer Arbeiter*innensiedlung auf, die dem Fabrikunternehmen gehörte, in dem meine Eltern arbeiteten. Sie hatten anfangs zu wenig Geld für eine gemeinsame Wohnung, bis das Unternehmen bekannt gab, diese Siedlung zu bauen. Diese Siedlung war jung Verheirateten vorbehalten.

Diese Arbeiter*innensiedlung war natürlich keine Privatstadt, denn es galten selbstverständlich vollumfänglich die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und auch Stadtrat und Bürgermeister wurden in unserer Textilstadt »normal« gewählt. Und dennoch prägte das Unternehmen die Art, wie wir lebten. Alle Erwachsenen – oder fast alle – aus der Siedlung arbeiteten in der Fabrik. Und nebenan gab es eine weitere Arbeiter*innensiedlung, die zu einem anderen Unternehmen, einer anderen Textilfabrik gehörte. Vielleicht haben andere unsere Siedlung und die Tatsache, dass alle dort beim gleichen Unternehmen arbeiteten als merkwürdig

empfundener, für mich war es völlig normal, denn ich bin dort geboren und aufgewachsen.

Etwas weniger normal fühlte es sich an, als ich als Jugendlicher etwas für meine Mutter erledigen sollte und so das erste Mal den wenige Kilometer entfernten Fabrikkomplex betrat. Ich hatte mir eigentlich immer eine große Fabrikhalle vorgestellt und war schließlich sehr verblüfft, dass das Gelände aus zahlreichen großen Gebäuden bestand, 20 Hektar umfasste, und hinzu kam ja noch das Hochhaus der Firmenzentrale. »Das ist ja eine eigene Stadt«, hatte ich gedacht.

Stellen wir uns dieses Fabrikgelände noch viel größer vor und packen dort die Arbeiter*innensiedlungen rein und die Wohngebäude der Weißkittel und Chefs; zudem noch Gebäude der Grundversorgung, Kitas, Schulen, medizinische Versorgung, Security ...; und stellen wir uns vor, dort hätte der Staat nichts mehr zu sagen, sondern der Unternehmenschef würde die Gesetze machen und die Security würde ihm direkt unterstehen, um seine Gesetze durchzusetzen ... Dann kämen wir dem nahe, worüber dieses Buch informieren möchte: Privatstädte.

In dieser Publikation geht es im Folgenden um eine bestimmte Form von Privatstädten, der eine sozial-

und demokratiefeindliche Ideologie zugrunde liegt. Gemeint sind hier also nicht nur Stadtviertel von Reichen mit eigenem Schutz (>Guarded Communities<) oder gar umgeben von einem eigenem Schutzwall (>Gated Communities<). Und gemeint sind auch nicht viele Hektar große Industrieterritorien, die einem einzigen Unternehmen gehören. Den hier behandelten Privatstädten kämen konstitutionell-monarchistisch oder absolut-monarchistisch regierte Stadtstaaten wie Monaco, → Liechtenstein oder → Dubai schon näher. Sollte Liechtenstein tatsächlich nach dem Plan seines Fürsten → Hans-Adam II. zu einem »Dienstleistungsunternehmen« umgebaut werden (Liechtenstein 2010), wären wir schon fast bei einer Privatstadt angelangt - vorausgesetzt, die Einwohner*innen hätten tatsächlich keine ernstzunehmenden demokratischen Befugnisse mehr.

Ich werde daher in diesem Buch nicht auf Gated Communities eingehen, nicht auf die großen Vorbilder der hier behandelten Privatstädte wie Dubai, Hongkong, Shenzhen, Singapur. Thema werden auch nicht die Sonderwirtschaftszonen sein, in denen ›nur‹ Sonderregeln für die Wirtschaft gelten. Auch Fabrikstädte von *Fordlândia* bis *Woven-City* werden hier nur kurz angesprochen.

Thematisiert wird hier eine Bewegung, die sich nach der Weltwirtschaftskrise von 2008 zusammenfand und auf einer demokratiefeindlichen Ideologie beruht. Casey R. Lynch nennt diese Bewegung »Enclave Libertarianism« (Casey 2008), Enklaven-Libertarismus. Ich schließe mich dem an, würde aber zunächst eher von ›Enklaven-Proprietarismus‹ sprechen, da der Begriff ›Libertarismus‹ ursprünglich für sozial-anarchistische Ideen stand (Bookchin 1986). Wie Murray Bookchin vorschlägt, bezeichne ich diese Ideologie daher als → Properitarismus, abgeleitet von »proprius«, Eigentum. Die proprietaristische Strategie, Privatstädte zu errichten, nenne ich → Privarismus (von lat. privare: rauben). Es geht dabei darum, Menschen innerhalb dieser Städte ihrer Rechte zu berauben, das heißt, ihnen die Mitbestimmung und die demokratische Verfügungsgewalt über bestimmte Bereiche des Staates zu entziehen.

Diese Begriffsentwerrung ist notwendig, da mit der Ideologie des Proprietarismus eine »Diskurspiraterie« (vgl. Kellershohn/Dietzsch/Wamper 2010) einhergeht. Es liegt eine Aneignung herrschaftskritischer Begrifflichkeiten und damit auch herrschaftskritisch-rebellischen Auftretens vor, die für Verwirrung sorgt. Ähnlich verhält es sich mit

dem von Teilen der Proprietarist*innen verwendeten Begriff des Anarcho-Kapitalismus.

Diese Begriffsaneignungen konnten sich wahrscheinlich verhältnismäßig einfach durchsetzen, weil es bis heute eine mediale und politische Fehlinterpretation des Begriffs ›Anarchismus‹ gibt. Anarchismus wird mit Chaos, Gewalt und Terror assoziiert. Ein wenig wohlmeinender sind Positionen, die unter Anarchismus die Abwesenheit des Staates verstehen (und mit dieser Abwesenheit des vermeintlichen Garanten der Ordnung, dann indirekt doch wieder Chaos mutmaßen). Tatsächlich meint aber Anarchismus eine herrschaftsfreie Gesellschaft, anarchos, gegen Herrschaft. Eine Gesellschaft ohne Herrschaft ist nicht zwangsläufig chaotisch, gewalttätig oder terroristisch.

Es ist eher das Gegenteil der Fall: Tatsächlich sind Gesellschaften, in denen fanatisch die Institutionalisierung von Macht vorangetrieben wird, wie beispielsweise faschistische Gesellschaften, besonders chaotisch, gewalttätig und terroristisch.

Falsch ist auch die Gleichsetzung von Anarchismus mit der Abwesenheit des Staates. Herrschaft und Staat sind nicht unbedingt identisch oder gesellschaftlich deckungsgleich. Zwar steht der

Staat heute für institutionalisierte Macht, also für Herrschaft, doch theoretisch denkbar wäre auch eine komplexe Gesellschaftsform mit basis- oder rätendemokratischen Entscheidungsstrukturen, also ohne diese institutionalisierten Befehlsketten, in denen Wenige zu sagen haben, was Viele zu machen haben. Ob man eine solche komplexe herrschaftsfreie Gesellschaft noch ›Staat‹ nennen kann oder ob ›Staat‹ immer nur für Gesellschaften auf der Basis autoritärer Herrschaftsverhältnisse steht, möchte ich hier nicht ausdiskutieren. Wichtiger ist an dieser Stelle der Hinweis darauf, dass Herrschaftsstrukturen nicht nur in staatlichen Organisationen vorkommen, sondern sich gerade auch in Wirtschaftsunternehmen wiederfinden. Das Sprichwort »Lehrjahre sind keine Herrenjahre« weist auf autoritäre Herrschaftsstrukturen schon in kleinen Handwerksbetrieben hin. Für Konzerne gelten innerbetrieblich derartige Herrschaftsstrukturen erst recht. Der Kapitalismus ist zwangsläufig eine Herrschaftsform, da er durch das Privateigentum an Produktionsmitteln definiert ist. Und die mit dem Eigentum an Produktionsmitteln einhergehende institutionalisierte Macht ist per Definition Herrschaft.

›Anarcho-Kapitalismus‹ ist daher ein in sich widersprüchlicher Ausdruck. Es kann so etwas wie ›Anarcho-Kapitalismus‹ genau genommen gar nicht geben. Entweder ist eine Gesellschaft kapitalistisch, dann ist sie herrschaftlich organisiert, oder sie ist anarchistisch, also herrschaftsfrei, und deshalb ganz bestimmt nicht kapitalistisch organisiert. ›Anarcho-Kapitalismus‹ oder die sich darauf beziehende Kurzform ›AnKap‹ ist hingegen eine Ideologie, die geeignet ist, die Verwirrung im Themenfeld des Anarchismus noch weiter zu verstärken.

Ähnliches gilt für die Ausdrücke ›Libertarismus‹, ›libertär‹, ›Libertäre‹. Der Begriff ›Libertarismus‹ stammt aus dem 19. Jahrhundert und ist eigentlich nur ein alternativer Begriff für ›Anarchismus‹. Genau genommen betont ›Libertarismus‹ in seinem ursprünglichen Kontext die soziale und (pro)feministische Ausrichtung von Anarchismus. Um so mehr also verbieten sich die Aneignungsversuche der sogenannten ›Anarcho-Kapitalist*innen‹, sich ›libertär‹ zu nennen.

So viel zu den Begriffen.

Das Buch folgt dem Begriff des Enklaven-Proprietarismus. Im ersten Teil gehe ich zunächst auf die Ideologie und Netzwerke des Proprietarismus ein, im zweiten Teil zeige ich die

konkrete Entwicklung der enklavenartigen Privatstadtprojekte auf, die um das Jahr 2008 einsetzte.

Im Anhang befindet sich ein umfangreiches Glossar, das den gesamten Themenkomplex und darin involvierte Personen abdeckt. Mit einem Pfeil wird im Buch bei erstmaliger Nennung auf einen im Glossar ausführlicher erklärten Begriff hingewiesen.

Die Ideologie des Proprietarismus

Eine wirkmächtige Erzählung lautet, dass es in kapitalistischen Gesellschaften allen immer besser gehen werde. Gab es vor zweihundert Jahren noch den Manchester-Kapitalismus mit extremer Ausbeutung und tödlichem sozialem Gefälle, vor einhundert Jahren noch den ständischen Kapitalismus mit kaiserlicher Untertanenmentalität, könnten heute selbst Arbeiter*innenkinder studieren und die Karriereleiter erklimmen. Aber seit Ende der 1970er-Jahre ist die relative Zahl von studierenden Arbeiter*innenkindern nicht größer geworden. Die Vermögensunterschiede hingegen sind rasant gewachsen. Die neoliberalen Wirtschaftsreformen unter Pinochet, Thatcher und Reagan der 1980er-Jahre zeigen zudem, dass der Fortschritt keineswegs linear ist, sondern dass ein modernisierter Manchester-Kapitalismus mit einer entsprechenden Ideologie durchaus wieder denkbar ist.

Der französische Wirtschaftsforscher Thomas Piketty beschreibt in seinem Buch *Kapital und Ideologie* (Piketty 2020), wie nach dem feudalen

Wirtschaftssystem die sogenannten ›Eigentumsgesellschaften‹ entstanden sind. In dieser kapitalistischen Phase hatten Arbeiter*innen kaum Rechte, es gab kein Sozialsystem und auch kein gleiches, geheimes, allgemeines Wahlrecht für Arbeiter*innen. Jede Gesellschaftsform hat eine eigene Rechtfertigungsideologie. Die Ideologie der Eigentumsgesellschaften argumentiert mit Stabilität und Emanzipation:

»Von Anfang an beruht die proprietaristische Ideologie auf einem Versprechen von sozialer und politischer Stabilität, aber auch von individueller Emanzipation durch das Eigentumsrecht, das angeblich allen offenstehe, oder wenigstens allen Erwachsenen männlichen Geschlechts, denn die proprietaristischen Gesellschaften des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts sind mit der ganzen Macht und Gründlichkeit eines modernen zentralisierten Rechtssystems patriarchalisch.« (Piketty 2020: 164).

Diese Bezugnahme auf das Eigentum kann also nach Piketty auch genutzt werden, um Emanzipationsprozesse voranzubringen. Er sieht in der Sozialdemokratie eine kritische Erscheinungsform des Proprietarismus. Allerdings könne dieser auch das Eigentum sakralisieren: »Vom 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg setzten

sich vor allem der übersteigerte Proprietarismus und die Quasi-Sakralisierung des Privateigentums durch.« (ebd.: 167). Hierbei sei ein zentrales Argument des sakralen Proprietarismus, dass der Begriff der sozialen Gerechtigkeit »unausweichlich immer unvollkommen definiert und akzeptiert sei« (ebd.) und dass daher ein Hinterfragen der Eigentumsverteilung zu einem unendlichen Sog ins Chaos würde, was letztlich auch den Armen schade. Dieses Argument der Stabilität nahm nach Piketty religiöse Züge an und bestimmte auch die Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts. Die ›weichere‹ und kritischere Form des Proprietarismus, wie sie sich in sozialdemokratischen und neoliberalen Positionen darstellt, argumentiert hingegen mit der Emanzipation und daher meritokratisch: Alleine die erbrachte Leistung zählt. Eigentum soll erhalten, wer etwas leistet. Für die heutigen kapitalistischen Gesellschaften wird (noch) der meritokratische Proprietarismus herangezogen: »Den Ungleichheiten Sinn zu verleihen und die Position der Gewinner zu rechtfertigen, ist eine überlebenswichtige Frage. Die Ungleichheit ist in erster Linie ideologischer Natur. Der heutige Neoproprietarismus versteht sich gerade deshalb als meritokratisch, weil er nicht mehr explizit ein Zensussystem [z.B.

Dreiklassenwahlrecht; A.K.] vertreten kann, anders als der klassische Proprietarismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts.« (ebd.: 890).

Doch Thomas Piketty hat auch deutlich gemacht, dass die Schere in den Vermögen immer größer wird: Die Reichen werden immer reicher und die Armen bleiben arm. Das meritokratische Versprechen, jede*r könne es vom Tellerwaschen zum Aufsichtsratsposten bringen, sei zudem nur eine besondere Legitimationsstrategie des Kapitalismus. Im Manchester-Kapitalismus habe der Meritokratismus kaum eine legitimierende Wirkung entfaltet. Und inzwischen verabschieden sich bestimmte Ideologen, die eine fanatische Form von Kapitalismus anstreben, wieder von dieser mit »individueller Leistung« argumentierenden Legitimations-Strategie. Die Proprietist*innen (sogenannte »Libertarians« oder »Anarcho-Kapitalist*innen«) beziehen sich stattdessen auf eine angebliche Apokalypse, die drohe, würde das Eigentum an Produktionsmitteln weiterhin durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit beschnitten. Sie argumentieren mit der Stabilität reiner → Privatrechtsgesellschaften und nicht mehr mit Gleichheitsversprechen.

Die Gesellschaft erscheint in dieser Ideologie nur als Markt, deren Bürger*innen Kund*innen sind.

Demokratie ist in dieser Gesellschaft als Markt nicht vorgesehen. Vor allem das Wahlrecht der sogenannten ›Nicht-Leistungsträger‹ bzw. »Parasiten« (Hoppe) ist ihnen ein Dorn im Auge.

Gesellschaft als Markt

Wir leben in einer Gesellschaft, die wesentlich durch das kapitalistische Wirtschaftssystem geprägt ist. Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist äußerst ungerecht, ebenso das Bildungssystem. An anderer Stelle habe ich die klassistischen Strukturen und Institutionen ausgeführt (vgl. Kemper/Weinbach 2006). Dennoch ist es der Anspruch dieser Gesellschaft, dass nicht alles vom Markt alleine bestimmt wird. Im Grundgesetz der BRD wird die Verfasstheit unserer Gesellschaft in Deutschland mit den Worten »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« (Artikel 20 Absatz 1 GG) definiert. Der Artikel 20 ist maßgeblich für die Verfassung, daher findet sich auch im vierten Absatz des Artikels 20 der Satz: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Das sogenannte Widerstandsrecht befindet sich im

Artikel 20, weil dort die Grundordnung definiert ist. Obschon also unsere Gesellschaft geprägt ist von einer sich sehr ungerecht auswirkenden kapitalistischen Ordnung, besteht zumindest verfassungsmäßig der Anspruch auf eine demokratisch-soziale Grundordnung.

Vermögens- und Einkommensunterschiede wirken einer demokratischen und sozialen Gesellschaft entgegen. Sie können daher nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen werden, sondern müssen sich gegenüber dem Anspruch unserer gesellschaftlichen Verfasstheit legitimieren. Dies geschieht durch die sogenannte Leistungsideologie, auch ›meritokratische Ideologie‹ genannt. Meritokratie leitet sich vom lateinischen ›Meritum‹, Verdienst, ab. Im Zentrum dieser Ideologie steht die Auffassung, dass einer Person dann, und nur dann, mehr zusteht als einer anderen Person, wenn sie entsprechend mehr leistet als die andere Person. Theoretisch müssten also in dieser Ideologie Schenkungen und Erbschaften verboten sein, da diese das Leistungsprinzip der Meritokratie unterlaufen. Theoretisch müsste jede Person ›bei Null‹ anfangen. Es gab mit der Entstehung der → *Mont Pelerin Society* tatsächlich die Forderung von Alexander Rüstow nach einer individuellen »Startgerechtigkeit«, z.B. einer umfassenden

progressiven Erbschaftssteuer, diese wurde aber von den anderen Ordoliberalen und insbesondere von → Friedrich-August Hayek abgelehnt. (Haarmann 2015: 96)

Der Meritokratismus ist aber keineswegs die einzige Ideologie, mit der der Kapitalismus gerechtfertigt wird. Mit dem Proprietismus ist inzwischen eine Ideologie auf dem Vormarsch, die sich offen von unserer Verfassung, von Artikel 20 Absatz 1 verabschiedet, und zwar sowohl von der Demokratie als auch vom Sozialstaat. Eigentum, vor allem das Eigentum an Produktionsmitteln wird von den Vertreter*innen dieser Ideologie absolut gesetzt und die Gesellschaft soll nicht mehr in einem demokratischen Sozialstaat organisiert werden, sondern wird in ihrer Gänze als Markt verstanden.

Auf dem der politischen Rechten nahestehenden Blog *Achse des Guten* äußert sich der deutsche Unternehmer und Proprietist → Titus Gebel sehr deutlich:

»Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks wurde gar prognostiziert, das Ende der Geschichte sei eingetreten. Liberale, rechtsstaatliche Demokratien seien die Quintessenz der Entwicklung, ein weiterer Fortschritt nicht mehr möglich und letztlich würden weltweit alle Systeme darauf hinauslaufen. Das ist allerdings ein Irrtum, unter anderem deshalb, weil

auch unsere freiheitlich-demokratischen Verfassungen etwas sind, das nach dem Zivilrecht aller Staaten unzulässig wäre: nämlich Verträge zu Lasten Dritter. [...] auch unser Zusammenleben ist ein Markt, ob wir das nun gut finden oder nicht. Jeder Markt ist gekennzeichnet durch das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage an Waren, Dienstleistungen und Rechten. Staaten existieren, weil eine Nachfrage nach ihnen besteht. [...] Wenn jeder jeden Tag mit seinen Kaufentscheidungen darüber mitbestimmen kann, welche Produkte weiter bestehen und welche nicht, ist das nicht viel eher eine Demokratie im Sinne einer Herrschaft aller? Jedenfalls verglichen mit dem Abgeben der Stimme aller paar Jahre für Politiker, deren Absichten man nicht genau kennt und deren Umsetzung ungewiss ist.« (Gebel 2018)

Um einen Wettbewerb herzustellen, sei der Aufbau von Alternativen notwendig, verkündete Gebel im März 2019 in einer *Botschaft an alle Liberalen und Libertären*:

»Meine klassisch-liberalen/libertären Überzeugungen, wonach Freiheit, Selbstbestimmung aber eben auch Eigenverantwortung die Werte sind, die ein Leben in Wohlstand und Zufriedenheit ermöglichen, werden von der Mehrheit nicht geteilt. Nirgends, in keinem System, auch nicht in den USA oder in der Schweiz. [...] Ich stand also vor der Alternative, die nächsten 30 Jahre meines Lebens zu versuchen, die Menschen weiterhin vom ›Wert

der besseren Ideen« (Mises) zu überzeugen, mit dem zu erwartenden Ergebnis. Oder ich konnte etwas völlig Neues versuchen. Da wurde mir klar, dass auch unser Zusammenleben ein Markt ist und politische Systeme nichts anderes sind als Produkte.« (Gebel 2019b)

Kampf gegen Demokratie

Ein weiteres Wesensmerkmal des Proprietarismus ist der Kampf gegen die Demokratie. Insbesondere die Besteuerung der Reichen und die Grundversorgung der Armen mit diesen Steuereinnahmen wird als Problem betrachtet. Reiche sehen sich als die Unschuldslämmer, deren Freiheit in einer Demokratie einer Mehrheit von Armen zum Fraß vorgeworfen wird, getreu dem Benjamin Franklin nachgesagten Ausspruch: »Demokratie, das ist, wenn zwei Wölfe und ein Schaf über die nächste Mahlzeit abstimmen. Freiheit, das ist, wenn das Schaf bewaffnet ist und die Abstimmung anführt.«

Die Debatte ist allerdings nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert wurden Fragen einer gerechten Besteuerung diskutiert, u.a. vom schwedischen Ökonomen Knut Wicksell.

Wicksell befasst sich in seinem Buch *Finanztheoretische Untersuchungen. Nebst*

Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schweden mit dem Problem, dass Regierungen »mehr oder weniger einseitig ihre dynastischen Interessen und privatwirtschaftlichen Vorteile« verfolgten (Wicksell 1896: 108). Er warnt unter Verweis auf eine Untersuchung von Erwin Nasse, dass diese Gefahr in konstitutionellen Staaten wahrscheinlich noch größer sei als in absolutistischen:

»Wenn die ganze moralische Verantwortung für das Gedeihen des gesamten Staatskörpers der Regierung obliegt, ist wenigstens eine Wahrscheinlichkeit vorhanden, dass ein wohlwollender Monarch, von tüchtigen Ratgebern umgeben, das Wohl der Gesamtheit zum Leitstern seiner Handlungen machen wird. Wenn hingegen die vollziehende Gewalt beinahe jede Verantwortlichkeit auf die Legislative abzuwälzen vermag, ist jene Wahrscheinlichkeit eben nicht vorhanden, sondern die Hauptaufgabe der Regierung wird nunmehr sein, die Majorität der Volksvertretung auf ihre Seite, d. h. für ihre eigenen Interessen zu gewinnen und zu behaupten.« (Wicksell 1896: 108f.)

Allerdings sah Wicksell die Demokratie als einen Prozess, der zu befürworten und nicht aufzuhalten sei:

»Jene Bewegung nun, welche der politischen Geschichte unseres Jahrhunderts mit wenigen Ausnahmen ihr

Gepräge aufgedrückt hat, ist das stetige Fortschreiten zu parlamentarischen und demokratischen Formen des öffentlichen Lebens ... Das Ziel dieser Bewegung ist die rechtliche Gleichstellung, die größtmögliche Freiheit sowie das ökonomische Gedeihen und friedliche Zusammenwirken aller; sie hat nicht zum Zweck, und sie käme mit dem Geiste, der sie von Anfang an beseelte, in Widerspruch, wenn sie es versuchte, das Joch freiheitsfeindlicher und lichtscheuer Oligarchien, welches sie ganz oder teilweise abzuschütteln wusste, durch eine kaum weniger drückende Tyrannei der zufälligen Majorität einer Volksversammlung zu ersetzen.« (ebd.: 110f.)

Diese »Tyrannei der zufälligen Majorität« oder auch »Tyrannei der Mehrheit«, vor der die heutigen Proprietarist*innen gerne warnen, bezieht sich insbesondere auf die Steuergesetzgebung. Wicksell greift die Angst der Mächtigen vor den Ohnmächtigen auf, die Angst davor, dass die Ohnmächtigen mit den Mächtigen so umgehen könnten, wie die Mächtigen heute mit den Ohnmächtigen umgehen:

»Wenn einmal die unteren Klassen definitiv in Besitz der gesetzgebenden und steuerbewilligenden Gewalt gelangt sind, wird allerdings die Gefahr vorliegen, dass sie ebensowenig uneigennützig verfahren werden wie die Klassen, welche bisher die Macht in den Händen hatten,

dass sie m. a. W. die Hauptmasse der Steuern den besitzenden Klassen auflegen und dabei vielleicht in der Bewilligung der Ausgaben, zu deren Bestreitung sie selbst nunmehr nur wenig beitragen, so sorglos und verschwenderisch verfahren, dass das bewegliche Kapital des Landes bald nutzlos vergeudet und damit die Hebel des Fortschritts zerbrochen sein werden ...« (ebd.: 122f.)

Wicksell kommt zum Schluss, dass Steuern daher dem Mehrheitsprinzip entzogen und stattdessen nach einem Konsensprinzip entschieden werden sollten: »Gegen Missbräuche der erwähnten Art liegt aber zweifellos die beste, ja die einzig sichere Garantie im Prinzip der Einstimmigkeit und Freiwilligkeit der Steuerbewilligung.« (ebd.)

Allerdings sollte dieses Prinzip dann auch schon vor der Einführung der Demokratie gelten und die Reichen sollten kraft ihrer Entscheidungsmacht nicht hauptsächlich den Ärmern die Steuerlast aufbürden: »Eben deshalb sollten andererseits die, welche nur widerstrebend und mit bösen Ahnungen sich den immer lauter werdenden Forderungen der Demokratie unterwerfen, um so eifriger bemüht sein, jenes Prinzip schon in der heutigen Steuergesetzgebung zur Geltung zu bringen.« (ebd.)

Die Demokratieskepsis bzw. -feindschaft richtet sich also vorrangig gegen das Mitbestimmungsrecht

der Armen.

Wie die Feindschaft gegen Sozialstaat und Demokratie mit der proprietaristischen Ideologie der Privatstadtprojekte zusammenhängen, kann man an der Entwicklung des Privatstadtunternehmers Titus Gebel und seinen Äußerungen erkennen.

Gebel arbeitete nach seinem Studium zunächst für eine Vermögensverwaltungsagentur. Seine Aufgabe bestand also darin, das Vermögen der Reichen zu sichern und zu vermehren. Er war bereits als Studierender FDP-Mitglied und sein Point of View war sehr wahrscheinlich eher der Blick der Vermögenden auf die Welt als der von abhängig Arbeitenden oder Arbeitslosen.

Später machte sich Titus Gebel selbstständig, baute ein Rohstoff-Unternehmen auf und stieß auf Grenzen aufgrund von Umweltgesetzen, die das Resultat des demokratischen Mehrheitsprinzips waren. Da in Deutschland Fracking verboten ist, musste seine *Deutsche Rohstoff AG*

Gebel gründete zudem 2016 die → *Free Private Cities Incorporation* zusammen mit dem Niederländer → Frank Karsten. Karsten hatte wenige Jahre zuvor mit der Herausgabe des Buches *Beyond Democracy* (Karsten/Beckmann 2012) eine Kampfschrift gegen die Demokratie verfasst. Bereist

im Vorwort machte Karsten seine Einstellung deutlich:

»Viele Kritiker der Demokratie sind davon überzeugt, dass diese repariert werden müsse, haben aber kein Problem mit den grundlegenden demokratischen Prinzipien selbst. Unser Buch widerlegt diese Behauptungen. Demokratie ist das Gegenteil von Freiheit - es ist dem demokratischen Prozess geradezu inhärent, dass er zu weniger Freiheit tendiert, anstatt zu mehr - und Demokratie ist nichts, was repariert werden muss. Die Demokratie ist ein kollektivistisches System und ist von Natur aus kaputt, genau wie der Sozialismus.«
(Karsten 2012)

Auch → Patri Friedman, der mit dem von ihm mitbegründeten → *Seasteading Institute* die Idee von Privatstadt-Projekten auf hoher See, außerhalb der Hoheitsgebiete nationaler Regierungen, vorantrieb, kritisiert die Demokratie dafür, dass sie aus Staaten Wohlfahrtsstaaten mache. Demokratische Gesellschaften könnten die Macht des Staates nicht begrenzen, teilte er in einem Interview mit der Zeitschrift Schweizer Monat 2010 mit:

»Die Macht des Staates muss begrenzt werden, aber bislang haben wir keine geeigneten Mittel dafür. Die Geschichte der USA beweist, dass eine Verfassung nicht genügt - die USA sind heute ein ausufernder Wohlfahrts-

und Erziehungsstaat wie die anderen westlichen Länder auch. Die Schweiz hatte die glorreiche Idee, die Macht zu dezentralisieren und auf lokaler Ebene zu belassen. Aber auch die Schweiz nähert sich immer mehr dem unbegrenzten Mainstreamwohlfahrtsstaat an. Ich glaube, dass sich in einer Demokratie die Begrenzung des Staates nicht durchhalten lässt.«
(Scheu/Rittmeyer/Friedman 2010)

Proprietarismus - eine rassenbiologische »Faschismus-Pipeline«

Der Proprietarismus strebt nicht nur keine Gleichheit unter Menschen an, er bezieht sich auch direkt auf rassenbiologische bzw. klassenbiologische Ideologien der Ungleichheit. Die Debatte um Rassenbiologie wurde in Deutschland vor zehn Jahren in der sogenannten »Sarrazin-Debatte« geführt. Thilo Sarrazin hatte mit seinem Buch *Deutschland schafft sich ab* (Sarrazin 2010) die entsprechende US-amerikanische Debatte (vor allem über Richards Herrnsteins und Charles Murrays Buch *The Bell Curve* (Herrnstein/Murray 1994)) aus den 1990er Jahren nach Deutschland geholt. Seine Quellen zur IQ-Verteilung stammten letztlich aus dem rassenbiologischen Netzwerk von → *Mankind*